



Der Streit um das Konservative

Wettlauf der Parteien gegen die „linke“ Bundesrepublik

Im Jahr 1969 begann „Demokratie erst richtig“. So behauptete es Bundeskanzler Willy Brandt im Wahlkampf und in der Regierungserklärung. Dreizehn Jahre lang werkelt die „Sozialliberalen“ an der richtigen Demokratie. Beflügelt wurden sie durch die „68er“ – jene Wilden Jungen, deren Weltbild in den USA entstand und die sich „grenzenlose Freiheit“ nahmen, als Hippies, als Revoluzzer, als Steinewerfer, als Bürgerschreck, als Vermummte und Verschleierte. Etwas verspätet entdeckte PEGIDA in Dresden, dass der Untergang des Abendlandes bevorsteht. Da hatte aber zwischendurch die „Christliche Union“ regiert, mit Helmut Kohl sechzehn Jahre und mit Angela Merkel zwölf Jahre. SPD-Kanzler Gerhard Schröder setzte zwischendurch mit seiner „Agenda“ einen wirtschaftskonservativen Knall und mit dem früheren Steinewerfer Joschka Fischer einen transatlantischen Friedensengel.

Warum passt also trotzdem vielen Deutschen „die ganze Richtung“ nicht? Weil angeblich „konservative Werte“ verraten wurden? Sensibel reagieren inzwischen die CDU und noch mehr die CSU. Um rechts von ihnen „keine demokratisch legitimierte Partei hochkommen zu lassen“ (Urvater FJS), belegen sie alle Themen, die sie für „Rechts“ oder zumindest für „Konservativ“ halten. Das Land auf Linkskurs, die CSU mit Rechtsruck?

Ein kurzer Blick auf die Bundesrepublik

Natürlich stimmte nicht, dass mit Willy Brandt „Demokratie erst richtig begann“. Da hätte es ja in toto vorher keine „richtige Demokratie“ gegeben. Zugegeben: es saßen noch viele alte „Gedankenträger“ an den Schalthebeln der jungen Bundesrepublik. Manche waren bekannt, manche versteckten sich. Aber das galt auch für die SPD – wie im Nachhinein zugegeben werden musste. Sogar der „Blechtrommler“ für Brandts Wahlsieg, Günter Grass, flog später auf. Es war eher die Desinformationskampagne aus der Sowjetunion und aus der DDR, die die neue Bundesrepublik verleumdete und sie zum Hort der Rechten abstempelte. Ironie der Geschichte war, dass Willy Brandt über einen von den roten Machthabern in Pankow inszenierten Spionageskandal stolperte. War damit die Demokratie wieder beendet?

Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) galt vielen Konservativen als „ihr Mann“. Dieses Bild verstärkte sich, als er 1982 an der „Viererbande“ in der SPD scheiterte. Das Wort war eine Anspielung auf Maos revolutionäre Viererbande und bezog sich in der SPD auf den linken Fundamentalismus von Genossen wie Manfred Coppel aus Offenbach oder Karl-Heinz Hansen aus Düsseldorf. Sie kämpften vor allem gegen den NATO-Doppelbeschluss, der sich gegen die atomare Bedrohung durch die Sowjetunion wenden sollte. Helmut Schmidt feilte an seinem Ruf als „Konservativer“ (er war in der Wehrmacht Oberleutnant, in Hamburg Innenminister, im Bund Verteidigungsminister) bis zu seinem Tod – als Herausgeber der ZEIT.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte als 1930 Geborener höchstens zu Kriegsende eine winzige HJ-Mitgliedschaft und Flakhelfer-Ausbildung, Angela Merkel aber mit Militärischem wenig zu tun. Können deshalb die wahren Konservativen nichts mit ihr anfangen? Nehmen sie ihr deswegen das Ende der Wehrpflicht so übel, dass deren Wiederbelebung ein oberstes Wahlziel von AfD und auch von Teilen der CSU wurde?

Der Wettlauf um das Konservative

Es vergeht seit Jahresbeginn kaum ein Tag, dass nicht „strammkonservative“ Forderungen durch den deutschen Blätterwald rauschen, durch die sozialen Medien sowieso. Die einfachsten Forderungen sind ja noch, dass Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) Veganer und Vegetarier anschwärzte, weil sie angeblich die Reinheit der Lebensmittel beschmutzen, indem sie das Wort „Schnitzel“ oder „Wurst“ missbrauchen. Fleischnahrung als konservativer Wert, das hat doch was.

Mindestens so eifrig wirkt Österreichs Außenminister, Sebastian Kurz (ÖVP). Er will nicht bloß möglichst schnell abschieben, sondern bei Säumigkeit der Rücknahmestaaten auch gleich die Entwicklungshilfe kürzen oder streichen (SPIEGEL – Neujahr 2017). Ganz im Stile eines Innenministers fragt er überhaupt nicht nach, was sich an den Außengrenzen seines Landes oder jenen der EU zusammenbrauen könnte. Dass völlig destabilisierte Länder in Nordafrika oder im Osten und Südosten der EU bald eine noch größere Gefahr für das eigene Land bedeuten, interessiert den Außenminister nicht. Mehr als seltsam berührt es auch, dass sich Edmund Stoiber bei Anne Will lautstark von CSU-Bundesminister Gerd Müller distanzierte, weil dieser – angeblich – keine Strafaktion gegen Tunesien wegen des Vielfachmörders Amri wolle. Müller hatte vorher im FS nur davor gewarnt, dass eine Destabilisierung Nordafrikas durch österreichisch-bayerische Sanktionen langfristig mehr schade als nutze. Im Übrigen gibt es eine Bayerisch-Tunesische Wirtschaftskammer. Diese könnte die Geschäfte mit dem Partner beenden – aber mit dieser Art von Sanktionen kann man ja die Bundesregierung nicht ärgern.



Sebastian Kurz lauscht mit großen Ohren an den Außengrenzen

Tunesien: Automotive Day in München

Tunesien beweist trotz Terrorattacken politische Stabilität. Es positioniert sich als demokratisches, marktwirtschaftlich orientiertes Land – ein Vorbild für die Region und ein zuverlässiger Partner für die bayerische Wirtschaft.

Am 11.05.2016 präsentieren politische Entscheidungsträger, Länderexperten und Unternehmer Tunesien als Geschäftspartner und Wirtschaftsstandort. Im Mittelpunkt steht die Automobil- und Zulieferbranche.

Bayern kann auch anders

Mit großem Getöse trat „die konservative Abgeordnete“ Erika Steinbach aus der CDU aus. Einst war sie als liebenswerte und musikalisch hochbegabte Frau in den Deutschen Bundestag eingezogen. Dann war ihr Hauptbetätigungsfeld der Einsatz für die Heimatvertriebenen, aber bald im Tonfall so, als stünde trotz deutscher und europäischer Vereinigung und friedlicher Nachbarschaft die deutsche Übernahme der alten Siedlungsgebiete kurz bevor. Das galt

als „konservativ“. Weil die jeweiligen Bundesregierungen andere Ziele anstrebten, kam es zum Bruch. Wolfgang Bosbach, anerkannter „Konservativer“, machte jetzt deutlich, dass Erika Steinbach überzogen hatte. Denn seiner Meinung nach sei die von Erika Steinbach empfohlene Partei „AfD“ keine Partei, „die jetzt oder in absehbarer Zeit ein politischer Partner für die Union sein könnte“ (Interview vom 16.01.2017).

Im Parteinamen von CDU und CSU steht nichts von „konservativ“. Mit dem „D“ zeigt aber die CDU, dass sie sich als demokratische Partei versteht, anders als so manche sonstige Partei oder Bewegung. Die CSU ist selbstverständlich auch eine demokratische Partei. Da sie aber gern absolute Mehrheiten hat, sucht sie auch gerne absolute Wahrheiten. So einfach ist das aber nicht – denn plötzlich ist ein Grüner wie Winfried Kretschmann „konservativ“. Er pfuscht den anderen gehörig ins Handwerk.

Die Neuerfindung der Konservativen

Doch inzwischen gibt es auch die umgekehrte Masche. Die AfD suggeriert, wenn es in Berlin oder Sachsen die CSU gäbe, bräuchte es keine AfD. Man verunglimpft also die CSU, so wie die AfD zu sein. Noch perfider ist, dass man ehemals als konservativ eingeschätzte oder als „erkonservativ“ verleumdete Unionspolitiker einvernehmen möchte. Das Beispiel Alfred Dregger macht die Runde. Ja, als Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU (1982-1991) wirkte er mit seinem rhetorisch eleganten Hochdeutsch forsch und klar. Er trat auch entschieden als „Freund des Vaterlands“ auf, was den Linken überhaupt nicht passte. Die Nationalhymne zu singen galt jenen als reaktionär, das mussten auch die Besucher des Politischen Aschermittwochs in Vilshofen/Passau jedes Jahr aus den Medien entnehmen. Doch Alfred Dregger war überzeugter Europäer und Atlantiker, er suchte den Ausgleich mit Russland, hätte aber nie vor einer Annexion der Krim gekuscht, er trat für die Einheit Deutschlands ein und meinte damit auch jenen Teil der Deutschen, die wegen Hautfarbe, Herkunft und Religion von anderen ausgegrenzt wurden. Wenn die AfD jetzt mit Dregger werben möchte, dann fischt sie in fremden Gewässern. So wie sie das auch mit Sophie Scholl von der „Weißen Rose“ tut. Da deutete ein fränkischer Kreisverband tatsächlich Sophie Scholl perfide um: „Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenden Herrscherclique „regieren“ zu lassen.“ Sophie Scholl ist bekanntlich von Nationalsozialisten umgebracht worden, die Anspielung auf die Bundesregierung als „Herrscherclique“ also mehr als demokratie- und geschichtsverdrossen.

Konservativ? War der bei vielen Konservativen verehrte preußische König Friedrich der Große konservativ? Bekannt ist sein Spruch, jeder solle nach seiner Fassung selig werden – er meinte die Religionsfreiheit und auch, dass sich die Religionsausübenden sicher sein dürften, nicht von anderen ausgegrenzt oder beschuldigt zu werden. Was würde „der Alte Fritz“ heute zu den Muslimen sagen? Der andere „große Konservative“, Kaiser Wilhelm II., hatte die Türken sogar zum Heiligen Krieg gegen Engländer und Franzosen aufgerufen. Der Dschihad war anfangs des 20. Jahrhunderts von den Verbündeten (Deutsche-Türken) erfunden worden.

Fazit: je deutlicher nach mehr „konservativen Werten“ gerufen wird, desto deutlicher muss hinterfragt werden. Das gilt auch für die großen Tugenden Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit, natürlich auch für Glaube oder Heimatliebe. Wie schneiden in dieser Beziehung die Neo-Konservativen ab? Vielleicht ginge es wieder mal eine Nummer bescheidener.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausose.de.